

## Die Pensionskosten explodieren

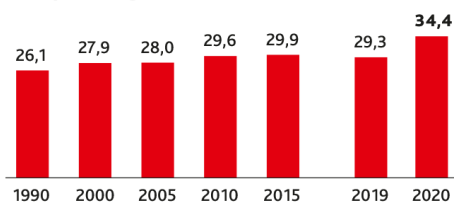
Die Kosten für die staatliche Altersversorgung steigen stark an! Vorsorge ist Pflicht.

Schon **im vorigen Jahrhundert** haben sich regelmäßig **Pensionsexperten** über die Finanzierbarkeit der staatlichen Pensionen **ernsthafte Sorgen** gemacht. Dass die Pensionen seither weiterhin pünktlich ausbezahlt werden – trotz dramatischer Struktur-Probleme – liegt nur daran, dass die Steuerzahler indirekt Jahr für Jahr viele Milliarden zuzahlen. Konkret muss der Staat **jährlich ein Defizit** von mehr als **20 Milliarden Euro** abdecken, also die Differenz zwischen den Einzahlungen der Arbeitenden und den Auszahlungen für die Pensionisten begleichen.

**Verschärft** wird die Pensionsloch-Situation durch Corona. Die Regierung agiert seit 2020 nach dem Motto „Koste es, was es wolle“ und verteilt Geld mit vollen Händen.  
Ergebnis:

### Sozialausgaben in Österreich

Sozialquote, Ausgaben in Prozent des BIP



Grafik: © APA, Quelle: Statistik Austria

Krone KREATIV

„Erstmals flossen Ausgaben in der Höhe von mehr als **einem Drittel** der österreichischen Wirtschaftsleistung in Soziales“, erklärte Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas gegenüber der Krone. Wie enorm dieser Sprung ist, zeigt der Vergleich: **Auf dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise 2010** betrug dieser Wert **erst 29,6 Prozent**. Also ein Sprung um fast 5 % des BIP auf einen historischen Höchststand.

Grafik: APA/Krone, basierend auf Zahlen der Statistik Austria

Nicht nur die Kosten für die **Bewältigung der Coronakrise**, sondern auch etwa der seit vielen Jahren thematisierte aber noch nicht angegangene **Pflegenotstand**, lassen es immer unwahrscheinlicher erscheinen, dass sich der Staat diese enorme Defizit-Abdeckung der Pensionen auch künftig leisten können bzw. dürfen (Defizit-Vorgaben der EU werden nach Corona wieder berücksichtigt werden müssen).

**Schlussfolgerung** von Marcell Göttert, Ökonom beim Think Tank Agenda Austria: „Um den nötigen Spielraum für Investitionen zu haben, muss die Regierung die Ausgabendynamik bei den Pensionszahlungen einbremsen.“

### NEOS fordern Pensionsreform

Nach der Präsentation obiger Zahlen forderte deren Sozialsprecher Gerald Loacker, „die Regierung müsse das Weiterwurschteln und Sich-weg-Ducken beim Thema Pensionen endlich beenden“. Denn mit 54 Milliarden Euro würden 43 Prozent aller Sozialleistungen in diesen Bereich fließen. Es brauche „endlich“ Beitragswahrheit im Pensionssystem und einen Pensionsautomatismus, so Loacker in der Krone.

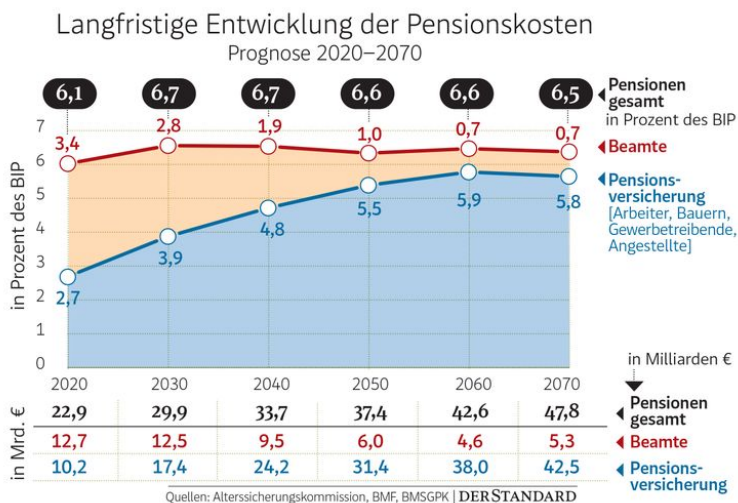
Doch **wie ernst ist die Lage** nun wirklich?

Um das möglichst objektiv zu beurteilen, ist die **Alterssicherungskommission** geschaffen worden. Wie aber im vorletzten BAV-Newsletter berichtet, ist deren Vorsitzender Walter Pöltner aus Protest über die von den Politikern beschlossene Pensionserhöhung **zurückgetreten** (zum Nachlesen [hier klicken...](#))

Bereits im Frühjahr ließ Pöltner auffhorchen, als er das österreichische „**Pensionssystem nicht für die Aufgaben des 21. Jahrhunderts gewachsen**“ sah. Auch darüber haben wir berichtet. Zum Nachlesen [hier klicken...](#) Sowohl der Rücktritt, als auch die Einschätzung des bisherigen Kommissionsleiters sind keine guten Vorzeichen. Doch zurück zu den harten Fakten.

Vor seinem Rücktritt erarbeitete Pöltner noch einen **aktuellen Bericht über den Zustand des Pensionssystems**. Konkret sind es „vier Gutachten, die sich der kurzfristigen wie der langen Sicht, den Beamten wie den gewöhnlichen Ruheständlern widmen. Die Basis dazu bilden Berechnungen von Statistik Austria, den Wirtschaftsforschungsinstituten und den Ministerien“, wie DER STANDARD berichtete.

### Pensionsausgaben verdoppeln sich



Die Langzeitprognose der Alterssicherungskommission sagt voraus, dass sich das **Pensionsloch** in absoluten Zahlen von 22,9 Milliarden im Vorjahr **auf 47,8 Milliarden 2070** in etwa **verdoppeln** wird.

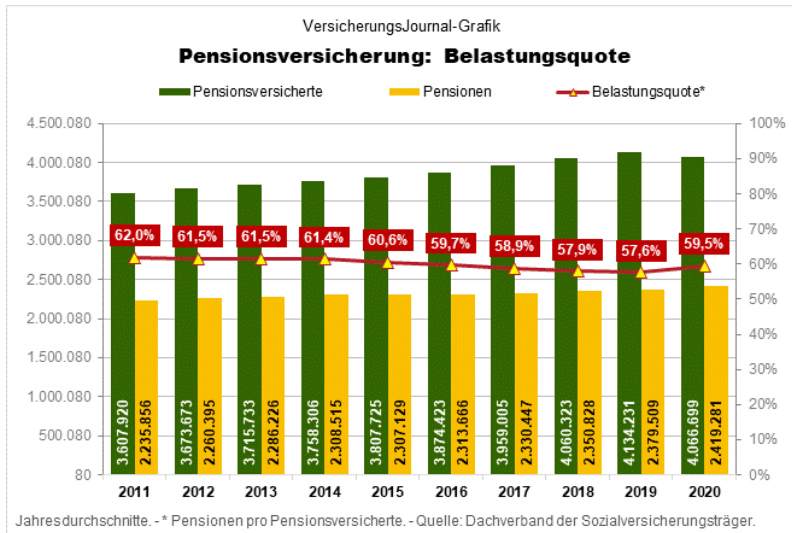
Um die absoluten Zahlen aussagekräftiger zu machen, hat man sie zu der Wirtschaftsleistung in Bezug gesetzt. Auch da erkennt man – siehe blaue Linie – wie die **staatliche Pensionslücke von 2,7 % des BIP (Bruttoinlandsprodukt) auf 5,4 % explodiert**. Damit werden alle Einsparmaßnahmen zunichte gemacht, die dann bei den Beamtenpensionen wirken werden. Die rote Linie zeigt deutlich, dass für diesen Bereich der Pensionskosten heute 3,4 % des BIP budgetiert werden müssen, aber bis 2070 die Ausgaben sukzessive auf 0,7 % fallen werden.

Grafik: DER STANDARD

Obwohl diese Prognose optimistischer ausfällt als jene im "Ageing Report" der EU-Kommission, ist sie dennoch bedenklich und ernst zu nehmen. Denn es ist zu befürchten, dass sich **künftige Regierungen die Explosion der Pensionskosten nicht mehr leisten können** (wegen Budgetdisziplin!) oder wollen (weil etwa der Pflegenotstand oder die Umweltkrise ebenso Milliarden Euro jährlich verschlingen wird). Also nach den Beamten auch die Arbeiter, die Angestellten, Bauern und Gewerbetreibenden mit Pensionskürzungen rechnen müssen.

Denn die **Strukturprobleme des staatlichen Pensionssystems** liegen in der demografischen Entwicklung. Ganz vereinfacht dargestellt gibt es mehrere ungünstige Trends aus der Sicht des Staates: **Immer weniger Bürger** im Erwerbsalter müssen die Leistungen für die immer zahlreicheren älteren Menschen berappen. Dazu kommt noch, dass wir heute **früher in Pension gehen** als in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts und gleichzeitig ständig älter werden. Auch sind die Leistungen für neue Pensionisten höher als jene für Menschen, die wegen Todes aus dem System fallen.

## Geburtenstarke Jahrgänge gehen nun in Pension



In den letzten Jahren war es **dank wachsender Wirtschaft** noch gelungen, die Zahl der Arbeitskräfte/**pensionsversicherten Personen in Österreich zu steigern** (nicht durch Geburten, sondern ausländische Arbeitskräfte). Dadurch konnte das Verhältnis zwischen Einzahlern und Pensionisten verbessert werden, obwohl die Zahl der Pensionisten stetig stieg.

Doch **2020 wurde die Wende eingeläutet**. Die Beschäftigtenzahl sinkt nun, weil sukzessive die starken Jahrgänge der **Babyboomer** (in den 60-er Jahren des vorigen Jahrhunderts geboren) in Pension gehen werden.

Grafik: VersicherungsJournal

**Im nächsten BAV Newsletter** sehen wir uns dann die aktuellen Zahlen aus dem „Statistischen Handbuch des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger“ genauer an.

### Was kann/soll man den Kundinnen und Kunden raten?

Unserer Ansicht nach müssen Sie als Beraterinnen und Berater die zu erwartenden Fakten und Szenarien klar auf den Tisch zu legen, um den menschlichen Verdrängungsmechanismus („wird schon nicht so schlimm werden“) zu durchbrechen. Wir hoffen, dass obige Zahlen und Grafiken dazu beitragen, **Problembewusstsein für die private und berufliche Vorsorge zu schaffen**.

Denn es gilt jedenfalls persönlich vorzusorgen, um den gewohnten Lebensstil auch in der Pension aufrechterhalten zu können.

Quellen: DER STANDARD, Agenda Austria, VersicherungsJournal, Die Krone, B2B-Projekte für Finanz- und Versicherungsbranche (<http://www.b2b-projekte.at>)